

## «Switzerland First»-Mentalität fördert das Vertrauen in die Politik kaum

**HANDELSPOLITIK** Die geplanten Volksinitiativen im kommenden Herbst tönen auf den ersten Blick nach mehr wirtschaftlicher Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für die Schweiz. Der Schein trügt aber. Die «Switzerland-First»-Strategie ist alles andere als zukunftsweisend.

TEXT FELIX HOWALD

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump verfolgt unbeirrt seine «America-First»-Politik. Ob in der Klimapolitik, in Wirtschafts- und Handelsfragen oder in geopolitischen Hotspots: die USA ist zwar nicht alleine unterwegs, aber die amerikanischen Interessen müssen immer zuoberst sein. So hat es Präsident Trump am WEF verdeutlicht: «America First does not mean America Alone». Aber je länger man das Gebaren des US-amerikanischen Präsidenten beobachtet, desto mehr kommt man zum Schluss, dass er eben doch «America Alone» meint.

Für uns konsensorientierte Schweizerinnen und Schweizer ist dies ein Graus. Als kleine, offene Volkswirtschaft sind

wir uns der Bedeutung internationaler Regeln und Abmachungen bewusst. Für einen erfolgreichen Handelskrieg oder ein wirtschaftspolitisches Power Play sind wir zu klein, ob wir es wollen oder nicht. Die momentane Entwicklung des Weltgeschehens gibt für uns Schweizerinnen und Schweizer Anlass zur Sorge.

Wie sollen wir uns denn nun in diesem Umfeld verhalten, um das Beste für unsere Wirtschaft, für unsere Gesellschaft, ja für unser Land herauszuholen? Leider gehen die Antworten gewisser politischer Kreise sowohl am linken wie am rechten Rande des Spektrums genau in die falsche Richtung. Sei es aus Trotz, sei es aus Unwissen oder sei es einfach aus politischem Kalkül: Sie

kopieren den besagten amerikanischen Präsidenten und verfolgen immer mehr eine «Switzerland First»-Strategie. Ist dies sinnvoll und zukunftsorientiert?

### Schuss kann nach hinten losgehen

Schauen wir uns zwei Beispiele an: Das erste ist die unsägliche «Selbstbestimmungs-Initiative», über welche wir im November 2018 abstimmen werden. Wie alle Initiativen tönt diese zwar gut. Wer will schon nicht selber bestimmen? Wer will schon fremde Richter? Beim zweiten Blick aber merkt man, dass der Schuss sehr schnell nach hinten losgehen kann. Mit dieser Initiative soll der Vorrang der Schweizer Bundesverfassung gegenüber dem Völkerrecht ein-

geführt werden – «Switzerland First» in Reinkultur! Eigentlich zählt bei internationalen Verträgen, genauso wie bei privaten Abmachungen, dass man sich an einmal getroffene und eingewilligte Vereinbarungen hält. Dies ist selbstverständlich, sonst ergibt es ja keinen Sinn, überhaupt eine Abmachung zu treffen. Demgemäss gilt auch die Regel, dass ein Staat sich nicht auf innerstaatliches Recht berufen darf, um die Nichteinhaltung eines völkerrechtlichen Vertrages zu rechtfertigen.

Und was will die Initiative nun? Die Schweizer Rechtsprechung würde gezwungen, völkerrechtliche Verpflichtungen, die keinem Referendum unterstanden und die in Konflikt mit der Bundesverfassung stehen, zu ignorieren, neu zu verhandeln und nötigenfalls zu kündigen. Die Selbstbestimmungsinitiative gibt konkrete Anweisungen zum völkerrechtlichen Vertragsbruch. Damit stellt sich die Schweiz auf dem internationalen Parkett ins Abseits und macht sich handlungsunfähig, da andere Staaten kein Interesse daran haben dürften, auf dieser Grundlage Verträge mit der Schweiz abzuschliessen. Aus «Switzerland First» kann so sehr schnell – ungewollt – «Switzerland Alone» werden. Ob wir so mit der momentanen internationalen Situation umgehen wollen, ist zumindest fraglich. Denn in der Staatengemeinschaft haben insbesondere kleinere Staaten wie die Schweiz ein starkes Interesse an einer starken Global

Governance: an allgemeingültigen, für alle Staaten gleichermaßen geltenden Regeln.

### Besserwisserie Grenzen setzen

Doch auch bei der politischen Linken ist immer mehr ein Verhalten zu beobachten, welches nach trumpschem Vorbild unsere eigenen Ansichten, Geschmäcker und Ansprüche deren der Anderen überlegen sieht und vom Verlangen getrieben wird, diese Schweizerische Überlegenheit auch gleich noch gesetzlich regeln zu wollen. Das zweite Beispiel ist die «Fair-Food-Initiative», über die wir bereits in diesem September abstimmen dürfen. Nach dieser Initiative dürfen in die Schweiz nur noch jene Nahrungsmittel eingeführt werden, welche unseren Vorstellungen – respektive jenen von ein paar klugen Schweizer Beamten – bzgl. Qualität, Sicherheit, Umwelt-, Ressourcen- und Tierschonung sowie fairen Arbeitsbedingungen entsprechen. Die Schweiz bestimmt sozusagen die Qualitäts- und Umweltstandards der weltweiten Nahrungsmittelproduktion. Wir Schweizer sind halt einfach ein bisschen schlauer und wissen alles ein bisschen besser. Wieso sollten wir die Welt nicht damit beglücken?

### Vertrauensbasis stärken – nicht untergraben

Es wäre ein Leichtes, zusätzliche Beispiele anzuführen. So will als weiteres

abschreckendes Beispiel die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative das Schweizer (Haftungs-)Recht auch im Ausland zur Anwendung bringen. Dahinter steckt die Annahme, dass wir auch in diesem Bereich besser sind und die anderen Länder alleine nicht zurecht kommen. Welch eine unglaubliche Arroganz der Welt gegenüber! Wir regen uns über Trump auf und bemerken nicht, dass wir derselben Versuchung verfallen sind.

Vertrauen ist das höchste Gut, über welches die Politik verfügt. Ist diese verschwunden, gerät der demokratische Prozess ins Wanken. Die «Switzerland-First»-Mentalität, welche in den letzten Monaten insbesondere in den politischen Polen links und rechts zu beobachten ist, trägt kaum dazu bei, diese Vertrauensbasis zu stärken. Mein Wunsch an die Politik: lassen wir uns nicht hinreissen von schreierischen Ideen, die kurzfristig für hohe Aufmerksamkeit und Einschaltquoten sorgen, sondern kümmern wir uns um die echten Herausforderungen und Reformen, die die Schweiz weiterbringt. Davon hat es genügend. Unsere Kinder werden es uns verdanken! ■

### DER AUTOR

Dr. Felix Howald ist Direktor der Industrie- und Handelskammer der Zentralschweiz.

